



Ex-Sozialdemokrat Wolfgang Clement soll das Baugewerbe vor Streiks retten

Der große Zampano ist wieder da. In den zurückliegenden Jahren war es in der Öffentlichkeit, zumindest für seine Verhältnisse, recht ruhig um Wolfgang Clement geworden. Nun kann der 77-Jährige wenigstens für zwei Wochen mal wieder dort stehen, wo er stets gerne gestanden hat: im Mittelpunkt. Als Schlichter soll der frühere Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit eine Lösung im festgefahrenen Tarifkonflikt im Baugewerbe finden. „Ich gehe mit ziemlicher Zuversicht in diese Schlichtung“, sagte Clement zum Auftakt der Verhandlungen am Montag in Berlin.

Dass sich die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) mit den beiden Arbeitgeberverbänden der Bauwirtschaft, dem Zentralverband des Deutschen Baugewerbes und dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, auf Clement als Schlichter verständigt hat, überrascht auf den ersten Blick. Denn es ist schon ungewöhnlich, dass eine Gewerkschaft ihr Vertrauen auf einen fairen Interessenausgleich ausgerechnet auf den Kuratoriumsvorsitzenden des Arbeitgeberlobbyvereins Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft setzt.

Allerdings hat Clement bereits einige Erfahrung in dem Job. Nach der Abwahl der rot-grünen Bundesregierung 2005 und seinem damit verbundenen Abschied aus der aktiven Politik hat er sich bereits mehrfach als Vermittler zur Verfügung gestellt. Ein halbes Dutzend Mal versuchte er seit 2007, die Tarifparteien im Baugewerbe zu einer Einigung zu bewegen – überwiegend mit Erfolg.

Als Politiker fällt Clements Bilanz weniger positiv aus. 1970 in die SPD eingetreten, machte der gelernte Journalist zwar in der SPD eine steile Karriere, die ihn erst in das Amt des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten (1998 bis 2002) und letztlich in die Bundesregierung (2002 bis 2005) brachte. Doch als er 2008 aus der SPD austrat, fragten sich nicht wenige, warum er ihr überhaupt je angehört hatte.

Der zu cholerischen Ausfällen neigende Clement verkörperte jenen Typ des autoritären Biedermanns, der konservative Gesellschaftsmit neoliberalen Wirtschaftsvorstellungen verbindet. Zwar feierten ihn die Wirtschaftsverbände als „Macher“ und „Modernisierer“ – nur mit sozialdemokratischer Politik hatte sein stets hemdsärmeliges Agieren wenig zu tun. Es ist keine böswillige Unterstellung, ihn mitverantwortlich für den dramatischen Abstieg der SPD zu machen. Von der radikalen Liberalisierung der Leiharbeit bis zu Hartz IV steht Schröders einstiger „Superminister“ für alle Sündenfälle, mit denen sich die Partei immer noch schmerzhaft herumschlagen muss. Bis heute ist Clement, der mittlerweile als FDP-nah gilt, fest davon überzeugt, alles richtig gemacht zu haben.

Sein Engagement als Bau-Schlichter könnte auch biografische Gründe haben: Clement wurde 1940 in Bochum als Sohn eines Maurers geboren, der es bis zum Baumeister gebracht hat. Genau vierzehn Tage hat der Ex-Politiker nun Zeit, auch diesmal wieder einen für beide Seiten tragfähigen Kompromiss zu finden. Sonst drohen Streiks. *Pascal Beucker*

die nachricht

Von Deutschlands Gletschern ist kaum noch etwas übrig

Die Große Koalition tagt in Gletschnähe auf der Zugspitze. Über Klimapolitik wird nicht gesprochen, obwohl Daten zeigen: Das ewige Eis leidet besonders unter dem Klimawandel

Das Neue
Die bayerischen Alpengletscher verlieren stark an Volumen. Neuen Daten der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zufolge haben vier von fünf deutschen Gletschern seit 1950 mehr als die Hälfte ihrer Substanz verloren. Der südliche Schneeferner hatte 2014/15 gerade noch sechs Prozent des damaligen Volumens, das Blaueis noch 15 Prozent. Der Höllentalferner hat allein zwischen 1999 und 2014 die Hälfte seiner Substanz verloren.

Der Kontext
Bei Gletschern handelt es sich um natürliche, große und zusammenhängende Eismassen, die unter anderem als Süßwasserspeicher dienen. Deren Abschmelzen ist nach einhelliger Auffassung der Wissenschaft eine Folge des von Menschen verursachten Klimawandels. Weil Gletscher sensibel auf Erwärmung reagieren, spricht man auch von einem „Fieberthermometer“ des Weltklimas. In vielen Teilen der Welt bedroht das Schmelzen der Gletscher die Trinkwasserversorgung. Auch in der Antarktis und in Grön-

land schmilzt das „ewige“ Eis rapide ab. Die Daten über die deutschen Gletscher haben die Grünen im Bundestag anlässlich des Spitzentreffens der Regierungsfractionen angefragt und veröffentlicht, das am Montag auf der Zugspitze stattfand – in unmittelbarer Nähe der Alpengletscher. Die Klimapolitik von Union und SPD wird von Umweltschützern scharf kritisiert, denn die Regierungsparteien haben sich im Koalitionsvertrag vom deutschen Klimaziel verabschiedet, die CO₂-Emissionen bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent zu verringern. Auch für die längerfristigen Ziele gibt es bisher keine konkreten Maßnahmen.

Die Reaktionen
Nach Ansicht der Grünen belegen die schmelzenden Gletscher das „klimapolitische Totalversagen“ der Bundesregierung. Lisa Badum, klimapolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, sagte am Montag: „Die eigenen Klimaziele für 2020 werden aufgegeben, die Vorreiterrolle in der EU ist dahin.“ Um gegenzusteuern müssten Union und SPD die schlimmsten Braunkoh-

lekraftwerke unverzüglich abschalten und aufhören, „die dreckigen Segmente der Autoindustrie aus falsch verstandener Solidarität zu protegieren“.

Die Konsequenz
Direkte Konsequenzen hat der Weckruf der Grünen vermutlich nicht. Auf dem Gipfeltreffen in den Alpen spielt die Klimapolitik jedenfalls keine Rolle. Inhaltlich wollen Union und SPD sich über die geplanten Förderungen beim Wohnungsbau verständigen, unter anderem das geplante Baukindergeld von bis zu 12.000 Euro pro Kind. SPD-Chefin Andrea Nahles sagte, außerdem sollten die Mieterrechte unbedingt verbessert werden. Möglicherweise nutzen die Abgeordneten die gemeinsame Sitzung aber zumindest, um sich über die Kommission zu verständigen, die noch vor der Sommerpause ein Konzept für den Kohleausstieg entwickeln soll. Bisher können sich Umwelt- und Wirtschaftsministerium nicht über Vorsitz und Mitglieder des wichtigen Gremiums einigen.

Jörg Wimalasena, Malte Kreutzfeldt



heute vor 50 jahren: das kalenderblatt zum sommer 1968

William Styron erhält den Pulitzer-Preis, die bedeutendste Literaturauszeichnung der USA, für seinen Roman „Die Bekenntnisse des Nat Turner“. Der Roman behandelt eine historische Sklavenrevolte im Jahre 1831, die von dem schwarzen Prediger Nat Turner angeführt wurde. Der Roman hatte heftige Diskussionen ausgelöst, schwarze Bürgerrechtler warfen Styron teils Rassismus vor, auch weil er als Weißer aus der Perspektive eines

Schwarzen geschrieben hatte. Die *New York Times Book Review* etwa hatte den Roman zum literarischen Fehlschlag erklärt. Er sei „eine Vierhundert-Seiten-Imitation“.

Zeile des Tages: „RCDS stellt sich gegen die CDU“. Die *Berliner Morgenpost* berichtet, dass der Studierenden-Ableger der CDU dem Landesverband der Partei vorwirft „größtenteils obrigkeitsstaatlich“ zu sein.

taz sachen

Wir gehen auf die Barrikaden

In der Nacht vom 10. auf den 11. Mai 1968 verwandelte sich das Studentenviertel Quartier Latin in Paris in eine Kampfzone. Student*innen errichteten Barrikaden, Polizist*innen setzten Tränengas ein, Anwohner*innen versorgten die Protestierenden mit Wasser. Wie war das damals? Das erzählt der ehemalige Chefredakteur der französischen *Libération* – in einem langen Bericht in unserer Sonderausgabe zur „Nacht der Barrikaden“ am 9. Mai 2018.

Anlässlich des 50. Jubiläums dieser entscheidenden Nacht des Pariser Mai lässt die taz ihre Kooperation mit der *Libération* einmal mehr aufleben – mit den Schriftstellerinnen Catherine Millet und Annie Ernaux, die ihren Gedanken zu ‚68 in beiden Zeitungen freien Lauf lassen. Die Deutschland-Korrespondentin der *Libération*, Johanna Luyssen, rechnet außerdem mit den Machos der französischen ‚68er-Bewegung ab. Eine Reportage aus Nantes erzählt, wie der Mai 68 in der französischen Provinz begann und dort Arbeiter*innen, Bauernschaft und Studierende ergriff. Und die Historikerin Ludvine Batigny bezweifelt, dass es die eine Wahrheit über 68 überhaupt gibt.

Was hat all das mit heute zu tun? Auch in den vergangenen Monaten sind die Französ*innen wieder auf die Straße gegangen – etwa an der Außenstelle der Pariser Universität in Nanterre, wo auch 1968 schon der Protest ausbrach. Dort waren die taz-Autor*innen Louisa Braun und Rudolf Balmer jetzt unterwegs.

Alles zum Pariser Mai gibt es morgen (9.Mai) in der taz – und auf taz.de/1968. *Belinda Grasnack*

Die Bildergeschichte Berlin 1945- Der Krieg ist vorbei 2/4



Der Text zur bedingungslosen Kapitulation wird im Mai vom Russischen Militär an die Bevölkerung verteilt. Der Frontfotograf zeigt die begeisterten Frauen und Kinder. Seine Aufnahmen werden in Berlin nun erstmals ausgestellt Foto: Valery Faminsky ©Arthur Bondar's private collection

taz blogs
Das beste aus den 80ern, 90ern...
Popblog: Aktuelle Filme und Musik im Blick auf taz.de/blogs/popblog
Alles andere läuft im Radio.



Liu Xia, die Witwe des chinesischen Nobelpreisträgers Liu Xiaobo, ist verzweifelt

„Es ist leichter zu sterben als zu leben.“ Das hat Liu Xia, die Witwe des im Juli 2017 in Gefangenschaft verstorbenen chinesischen Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo, vor wenigen Tagen dem in Berlin lebenden Schriftsteller Liao Yiwu am Telefon gesagt. Liu hatte sie in ihrer Pekinger Wohnung erreicht, wo sie seit Jahren trotz internationaler Bemühungen um ihre Freilassung unter informellem Hausarrest steht.

Die 57-jährige Ex-Finanzbeamtin und spätere Literatin war weder verurteilt noch je angeklagt worden. Vielmehr muss sie dafür büßen, einen von Chinas bekanntesten Dissidenten geheiratet zu haben. Ärzte haben ihr schwere Depressionen diagnostiziert, die in Gefangenschaft nicht behandelt werden können.

„Es gibt jetzt nichts mehr, vor dem ich Angst habe. Wenn ich nicht ausreisen kann, werde ich zu Hause sterben. Xiaobo ist tot, und es gibt jetzt nichts mehr in der Welt für mich“, sagte Xia laut Liao. Chinas Behörden hatten ausländischen Diplomaten schon mehrfach gesagt, Liu sei frei und könne reisen, wohin sie wolle. Und ihr selbst soll laut Liao mehrfach mitgeteilt worden sein, sie dürfe bald ausreisen – erst müsse aber noch der KP-Parteitag abgewartet werden (der war im Oktober), dann angeblich das Plenum des Volkskongresses (im März) oder ein anderes Ereignis. Die rechtswidrige Gefangenschaft ging weiter, wobei Liu Xia auch in entfernte Provinzen verbannt wurde.

Hinter den Kulissen hat sich die deutsche Bundesregierung für Lius Freilassung eingesetzt. Doch ihr in Berlin lebender Bekannter Liao hat sich jetzt in Absprache mit der immer verzweifelteren Gefangenen entschieden, auf Öffentlichkeit zu setzen. Er sei schockiert über ihren Zustand und wolle auf ihre schlimme Situation aufmerksam machen, sagte er der taz.

Liu Xia hatte den Schriftsteller und Universitätsdozenten Liu Xiaobo, der schon in der Demokratiebewegung 1989 führend aktiv und nach dem sogenannten Tiananmen-Massaker inhaftiert worden war, in den 1980er Jahren in Pekings Literaturszene kennengelernt. 1996 heirateten sie in dem „Umerziehungslager“, in dem der Dissident damals eingesperrt war.

2008 schloss sich Liu Xiaobo gegen den ausdrücklichen Rat seiner Frau den Initiatoren der „Charta 08“ an. Das demokratische Manifest von 302 Intellektuellen und Aktivisten unterzeichneten 10.000 Chinesen im Internet. Liu Xiaobo brachte es eine elfjährige Haftstrafe ein und im Jahr 2010 als erstem Chinesen den Friedensnobelpreis.

Die Lius konnten seitdem nie wieder eine halbwegs normale Ehe führen, sondern sich nur noch selten im Gefängnis 500 Kilometer von Peking entfernt sehen. Liu Xia wurde während der Haft ihres Mannes zu dessen informellem Sprachrohr und so zum Feindbild des unerbittlichen Regimes. 2017 starb Liu Xiaobo an Krebs. Peking hatte seine Ausreise zu einer Behandlung im Ausland bis zuletzt verweigert.

Liu Xias Hoffnung, danach wenigstens ausreisen und ihre Depressionen behandeln lassen zu können, haben sich bis heute nicht erfüllt. Sie verzweifelt immer mehr.

Sven Hansen

die nachricht

Schwedens Sozis verschärfen den Ton gegen Asylsuchende

Im Wahlkampf wirbt der sozialdemokratische Ministerpräsident Stefan Löfven mit mehr Kontrollen, weniger Sozialhilfe – und Flüchtlingslagern, wie sie Horst Seehofer vorschweben

Das Neue
Schweden will seine Flüchtlingspolitik weiter verschärfen. Ministerpräsident Stefan Löfven stellte jetzt das migrationspolitische Programm vor, mit dem seine sozialdemokratische Partei zur Reichstagswahl am 9. September antritt.

Der Kern: Die 2016 als „vorübergehend“ beschlossenen Restriktionen, wie Grenzkontrollen und Beschränkungen bei der Familienzusammenführung, sollen dauerhaft werden, solange es keine gemeinsame EU-Flüchtlingspolitik gibt. Asylsuchende sollen demnach in der Regel in neu einzurichtenden Flüchtlingslagern untergebracht werden, um eine bessere Kontrolle zu haben und Abschiebungen zu erleichtern. Offenbar ist an eine Art „Ankerzentren“ gedacht, wie sie auch dem neuen deutschen Innenminister Horst Seehofer vorschweben.

Abgelehnte Asylsuchende verlieren den Anspruch auf Sozialhilfe, ihre Kinder das Recht auf Schulbesuch. Ein neuer Asylantrag soll erst acht Jahre nach Ablehnung eines vorherigen gestellt werden dürfen. Das Ziel: Statt 27.000 Asylsuchende

wie 2017 will man künftig nur noch 14.000 pro Jahr aufnehmen.

Der Kontext
Nach Schweden mit seinen gut 10 Millionen EinwohnerInnen sind in den letzten vier Jahren 350.000 Flüchtlinge gekommen. Das gab und gibt Probleme: auf dem Wohnungsmarkt, im Gesundheitswesen, in den Schulen. Bei der Integration all dieser Menschen hakt es, der Weg auf den Arbeitsmarkt ist schwer.

Umfragen zeigen, dass das Flüchtlingsthema für die schwedischen WählerInnen eine zentrale Rolle spielen wird. Waren sich die Parteien vor vier Jahren von rechts bis links einig, trotz des Drucks der „Schwedendemokraten“ an einer generösen Linie festzuhalten, ist diese Front nun zerbrochen. Erst hatten Konservative und Christdemokraten ihre Asylpolitik an das Prinzip „Grenzen dicht!“ der „Schwedendemokraten“ angenähert und eine Zusammenarbeit mit der in weiten Teilen rassistischen Partei nicht mehr ausgeschlossen. Nun wollen offenbar auch die Sozialdemokraten versuchen, verlorene WählerInnen mit ähnli-

cher Taktik zurückzugewinnen. In jüngsten Umfragen liegen die Sozialdemokraten mit 26 Prozent 5 Prozent unter dem Wahlergebnis von 2014, die „Schwedendemokraten“ dagegen mit 19 Prozent 6 Prozent über ihrem damaligen Ergebnis.

Die Reaktionen
Der grüne Koalitionspartner Löfvens, die Jungsozialisten und die oppositionelle Linkspartei kritisieren den Schwenk. Die Konservativen begrüßen ihn: Nun kann es noch vor der Wahl zu einer gemeinsamen asylpolitischen Linie zwischen Sozialdemokraten und den Mitte-rechts-Oppositionsparteien kommen.

Die Konsequenz
Eine Neuauflage der bisherigen rot-grünen Koalition scheint ausgeschlossen. Die Grünen können eine solche Politik nicht mittragen. In Schweden drohen nun „dänische Zustände“ – mit einer rechtspopulistischen Oppositionspartei, die die anderen Parteien zu einem Wettlauf um die ausländerfeindlichste Politik vor sich herreibt.

Reinhard Wolff, Stockholm



68

Mai

3

1968

heute vor 50 jahren: das kalenderblatt zum sommer 1968

Springer-Verlag wehrt sich gegen den Spiegel: Im *Hamburger Abendblatt* erscheint auf der Meinungsseite ein Kasten mit der Überschrift: „So zitiert der Spiegel“. Das Nachrichtenmagazin, heißt es dort, versuche „wieder einmal durch gezielte Zitat-Klitterung zu suggerieren, daß das Verlagshaus Axel Springer verantwortlich sei für alle Unrast der Zeit, vom infamen Mordanschlag auf Dutschke bis zur Oster-Turbulenz“. Im Folgenden

beschwert sich das Springer-Blatt darüber, dass der *Spiegel* einen aus dem Abendblatt zitierten Satz wie „da hilft nur noch Härte“ sinnentstellend wiedergegeben habe.

Zeile des Tages: „SPD in der Talsohle“: Die *Spiegel*-Titelgeschichte befasst sich mit der SPD, die bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg ein Fünftel ihrer Wähler verlor und „ins 30-Prozent-Ghetto“ zurückfiel.

taz sachen

Kuriose Knüller gingen gut weg

Der gesamte taz-Kosmos hat tagelang gesichtet, sortiert und ausgemistet, vom Dach bis zum Keller – und hat dabei viele kuriose Dinge gefunden. Unser Plan: Rechtzeitig vor dem Umzug ins neue taz-Domizil verschlanken wir die Masse der zu transportierenden Dinge und machen einen Flohmarkt.

Und tatsächlich: Am Wochenende kamen viele in die Rudi-Dutschke-Straße, um im taz Café und im großen Konferenzraum zu schauen, was wir zu bieten hatten. Der taz Shop lockte mit Sonderpreisen auf Auslaufmodelle, auch Schätze aus dem Archiv waren im Angebot, etwa die erste taz-Ausgabe überhaupt oder die umstrittene „Titten“-taz aus den 90ern. Die taz-Hocker – bekannt aus dem taz-Studio bei der Leipziger Buchmesse – haben alle ein neues Zuhause gefunden, und es gab Hunderte Bücher und Magazine (zusammengetragen im ganzen Haus), außerdem ein Frauenpuppenbein mit rotem Strapsstrumpf (sponsored by le Wahrheit), Pokale (aus der Buchhaltung), Werbemittel mit altem taz-Logo und eine Kartoffelpresse (aus der Café-Küche) – alles gegen eine Spende zum Mitnehmen.

Und mitgenommen wurde viel, in taz-lab-Jutebeuteln vergangener Jahre. Etwas über 1.000 Euro für neue taz-Projekte kamen dabei zusammen. Bei sonnigem Wetter schmeckten die Bio-Produkte gegrillt mit einem frisch gezapften Panter Bräu im kleinen taz-Café-Garten umso besser, und auch das neue Rezept der Empanadas wurde bestens angenommen. Wir bedanken uns bei allen, die vorbeigekommen sind, vor allem bei denen, die viel mitgenommen haben!

Sophie Richter

Die Bildergeschichte Berlin 1945 – Der Krieg ist vorbei 1/4



Für die Rote Armee dokumentiert Valery Faminsky die Ereignisse an der Front. Als Militärreporter kann er sich ungehindert bewegen und wird auch Augenzeugen der Verletzungen, die die Zivilbevölkerung in einem Vorort von Berlin erlitten hat. Foto: Valery Faminsky © Arthur Bondar's private collection

taz blogs

taz geht auch anders

Die Blogs sind erfrischend kurz, lang, schräg und eigensinnig: taz.de/blogs



Die armenische Aktivistin **Zara Batojan**: Revolution vom Rollstuhl aus

Zara Batojan ist ganz in Weiß gekleidet und hat sich zum Platz der Republik in der armenischen Hauptstadt Jerewan begeben. An diesem Montag stehen wieder Tausende hier – alle in Weiß –, um die Wahl von Nikol Paschinjan zum Premier zu bejubeln. Auch Batojan freut sich. „Es gibt zu ihm keine Alternative“, sagt sie. Die 38-jährige Aktivistin sitzt seit ihrer Geburt im Rollstuhl. Sie gehört zum Team von Nikol Paschinjan, dem Oppositionsführer der „samtenen Revolution“. „Paschinjan hat die Menschen politisch sensibilisiert“, sagt Batojan. „Einen Monat haben er und sein Team den BürgerInnen und Bürgern beigebracht, dass sie die Verantwortung für ihr Leben tragen und nur sie etwas zum Guten verändern können.“

Batojan studierte Journalistik an der Staatlichen Universität Jerewan und berichtete parallel dazu über die Probleme von Menschen mit begrenzten Möglichkeiten. Sie sieht sich als Vorbild für andere Vertreter dieser Minderheit. Doch nicht jeder hat so viel Mut wie sie. Deswegen wurde sie gesellschaftlich aktiv, um die Interessen dieser Menschen zu vertreten. „Leadership“ heißt für sie das Zauberwort. Nach einer Weiterbildung an der Jerewaner School of Young Leaders, besuchte sie im US-Bundesstaat Oregon das Institut für Leadership für Frauen mit Behinderungen.

Seit ihrer Rückkehr 2012 nach Armenien berät sie lokale Menschenrechtsorganisationen sowie Hochschulen in Fragen der Inklusion. 2014 gründete sie die Nichtregierungsorganisation „Disability Info“. Auf einer weiteren Plattform mit dem Namen „ikin.am“ (Ich bin eine Frau) lässt sie armenische Frauen mit Behinderungen ihre Geschichten erzählen.

Batojan will jedoch mehr – in die Politik gehen. Ihre Organisation hat 61.000 Menschen mit Behinderung in Jerewan registriert. Diese, so Batojan, seien aber kaum sichtbar. Weil die Umgebung nicht barrierefrei sei, hätten diese Menschen keinen Zugang zu Bildungs-, Kultur-, Gesundheits- und anderen Institutionen.

Ihr härtester Gegner ist Taron Margarjan, Bürgermeister von Jerewan, Mitglied der Republikanischen Partei und eng mit dem vor Kurzem zurückgetretenen Premierminister Serzh Sargsjan verbandelt. Nun muss Taron Margarjan damit umgehen, dass er seine Kritikerin häufiger sehen muss. Seit den Wahlen 2017 sitzt Zara Batoyan im Ältestenrat des Rathauses. Sie vertritt die oppositionelle Fraktion Jelk (Ausweg) und ist Mitglied der Partei Zivilvertrag von Nikol Paschinjan.

Mit ihrem Rollstuhl stand sie auch auf der Bühne neben Paschinjan auf dem Jerewaner Republikplatz. „Wir wollen Gerechtigkeit“, rief sie und Tausende applaudierten. „Die Regierung lügt permanent. Sie behauptet, dass die Menschen mit Behinderung versorgt seien. Das Gegenteil ist der Fall. Sie spart auf Kosten der Behinderten“, sagte sie an einem der vergangenen Protesttage in Jerewan.

Einen Kommentar des neuen Premiers Paschinjan zu den jüngsten Ereignissen hat sie sich zu eigen gemacht und wiederholt ihn immer wieder gerne. „Das ist eine Revolution der Liebe und Solidarität.“ *Tigran Petrosyan*

die nachricht

Armenien hat endlich einen neuen Ministerpräsidenten

Der bisherige Oppositionsführer Nikol Paschinjan will vor allem die Korruption und die Armut im Land bekämpfen. Russland beäugt die neue Regierung argwöhnisch

Das Neue
Der armenische Oppositionsführer Nikol Paschinjan ist gestern vom armenischen Parlament zum neuen Ministerpräsidenten gewählt worden. 59 Abgeordnete stimmten für, 42 gegen ihn. Insgesamt sitzen 105 Abgeordnete im Parlament in Jerewan. Paschinjans Bündnis Jelk verfügt nur über neun Sitze. Der 42-jährige Herausforderer war daher darauf angewiesen, auch Stimmen der bislang herrschenden Regierungspartei der Republikaner zu erhalten.

Bei einer ersten Abstimmung vor einer Woche hatte die Partei des im April zurückgetretenen Ministerpräsidenten, Serzh Sargsjan, dem Herausforderer und einzigem Kandidaten noch die Unterstützung versagt. Auch im zweiten Wahlgang war nicht klar, wie viele republikanische Abgeordnete der Empfehlung der Parteiführung folgen würden. Wäre die Wahl des Ministerpräsidenten erneut gescheitert, hätten demnächst Neuwahlen stattfinden müssen.

Der Kontext
Schon im Vorfeld hatte der Volkstri-

bun der Elite im Parlament mit einem „politischen Tsunami“ gedroht, wenn sie ihn nicht wählen sollte. Seit sechs Wochen ist der Journalist damit befasst, das korrupte Geflecht aus Politik und Geschäft in der Südkaukasus-Republik aus den Angeln zu heben. Korruption. Ein Drittel der 2,9 Millionen Einwohner lebt am Rande des Existenzminimums.

Die Zeit war reif für Proteste. Daher erhielt Paschinjan aus der Bevölkerung auch ungeahnten Zuspruch. Rund 80 Prozent sprachen sich in Umfragen für den jungen Politiker aus. Vor allem die Jugend sieht in ihm einen Hoffnungsträger, um ihn hat sich eine Keimzelle der „samtenen Revolution“ gebildet. Der langjährige Republikchef Serzh Sargsjan musste zurücktreten und die Strukturen des Herrschaftsgefüges, darunter die Republikanische Partei, gerieten ins Wanken.

Die Reaktionen
„Wir haben unsere Position nicht geändert. Wir sind gegen die Kandidatur von Nikol Paschinjan, aber das wichtigste für uns ist die Stabilität des Landes“, sagte der Fraktionschef

der Republikaner, Vagram Bagdasarjan zähneknirschend. Unterdessen brachen Paschinjans Anhänger in Jubel aus, als das Ergebnis bekanntgegeben wurde.

Dem Verbündeten Russland sicherte Paschinjan zu, nicht von der Stange zu gehen. Schon aus strategischen Überlegungen, stellt der Neue geopolitische Fragen hinten an. Moskau hatte die Entwicklung in der Kaukasusrepublik misstrauisch verfolgt. Michail Leontjew, Presseschef und Topmanager beim russischen Ölkonzern Rosneft, misstraut Jerewan ebenso: „Mit unserem Blut, Leben, Geld, Gas und unseren Soldaten haben wir dieses Volk gerettet. Ohne uns gebe es keinen Armenier mehr.“ Das Land sei eine Last für Russland, meinte Leontjew.

Die Konsequenz
Es wird nicht einfach für Paschinjan. Die bisherige Regierungspartei wird ihm das Regieren bis zu Neuwahlen noch schwer machen. Auch Russlands Argwohn dürfte Kräfte stärken, denen nicht daran gelegen ist, dass Armenien auf die Beine kommt *Klaus-Helge Donath, Moskau*



heute vor 50 jahren: das kalenderblatt zum sommer 1968

In Vietnam starten die Vietcong-Verbände aus dem Norden einen Großangriff auf Saigon, die Hauptstadt des Südens. Nordvietnam versucht, durch militärische Erfolge seine Verhandlungsposition bei den vier Tage später in Paris beginnenden Friedensgesprächen mit den USA zu verbessern. Die Verhandlungen ziehen sich allerdings hin, im folgenden Jahr kommen dann auch noch Vertreter Südvietnams hinzu. Der Krieg in

Südostasien geht derweil mit unverminderter Härte weiter.

Zeile des Tages: „Students usurp the seat of power“ (Studenten erobern den Sitz der Macht) betitelt das US-amerikanische *Life*-Magazin eine Fotostrecke über einen sechstägigen Aufstand an der Columbia-Universität in New York. Zu sehen sind Studierende, bei Demos, auf Unidächern und an den Schreibtischen der Professoren.

taz sachen

Streitlustige Katholiken

Die taz verbindet mit der evangelischen und sogar mit der katholischen Kirche eine erstaunliche Tradition: Seit 21 Jahren berichten wir regelmäßig mit Sonderseiten von den größten Laientreffen, die die Kirchen in Deutschland veranstalten: die evangelischen Kirchentage und die Katholikentage.

Am heutigen Mittwoch steht wieder mal so ein Event an: Zehntausende Katholiken treffen sich für vier Tage in Münster, um sich dort unter dem Motto „Suche Frieden“ zu begegnen.

So harmonisch wie es sich die Veranstalter wünschen, wird es aber wohl nicht bleiben. Denn – um nur das prominenteste Beispiel zu nennen – mit der Einladung des kirchenpolitischen Sprechers der AfD im Bundestag, Volker Münz, sind nicht alle einverstanden: weder alle Münsteraner (die AfD holte hier bei der Bundestagswahl 2017 unter 5 Prozent), noch alle Katholik*innen. Der Konflikt ist also programmiert.

„Streitet euch!“ fordert die taz deshalb auch auf den vier Sonderseiten, die diesen Freitag zum diesjährigen Katholikentag erscheinen. Und damit ist nicht allein der Umgang mit dem rechten Glauben gemeint. Denn Konflikte gibt es auch mit anderen Gruppen, die sich selbst als christlich bezeichnen. Wie hält es die katholische Kirche mit Schwangerschaftsabbrüchen? Wie steht sie zu fundamentalen „Lebensschützern“? Und – mit Blick auf das 50. Jubiläum: Wie haben eigentlich die 68er die Amtskirche verändert? So viel verrät die taz vorab: mehr als man glaubt!

All das können Sie am Freitag in der „Katholikentaz“ nachlesen. Viel Spaß!

Ralf Pauli

Die Bildergeschichte Berlin 1945-Der Krieg ist vorbei 3/4



Valery Faminsky dokumentiert für die medizinische Abteilung der Roten Armee die Versorgung und den Transport verwundeter Soldaten. Am 30. April wird ein Verletzter in ein Hospital in der Friedrichstraße gebracht Foto: Valery Faminsky © Arthur Bondar's private collection

taz blogs
We ♥ Riotmama
für klare Worte und vernichtenden Humor.
taz.de/blogs/riotmama